



#ländersache

ZUR WAHL IN BREMEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: März 2023
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich Debatten, Auseinandersetzungen und Herausforderungen auf Landesebene und zu Wahlkämpfen erheblich. Auch werden Landtagswahlen häufig unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen, der Einfluss bundespolitischer Trends und Debatten variiert daher stark.

Die Hansestadt Bremen ist das mit Abstand kleinste deutsche Bundesland. Seit 1945 stellt hier ausnahmslos die SPD den Bürgermeister. Das wird nach der Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 mit großer Wahrscheinlichkeit wieder so sein. Weniger klar abzusehen ist, wie die zukünftige Regierungskoalition aussehen wird und welche Auswirkungen die während der Regierungszeit des amtierenden Senats stattgefundenen Verschiebungen der politischen Stimmung auf den Wahlausgang haben werden. Die politische Lage hat sich seit der letzten Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 grundlegend gewandelt. Im Bund regiert eine Ampelkoalition unter Führung der SPD, die Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine mit seinen wirtschaftlichen und politischen Folgen, darunter Energiekrise und Inflation, haben das Land verändert oder sind im Begriff, dies

zu tun. Solche Ereignisse haben neben der Landespolitik auch Einfluss auf die Ergebnisse von Landtagswahlen. So wird jede Landtagswahl – auch die in Bremen – zugleich zu einem Gradmesser für weiterreichende politische Trends und Entwicklungen.

Für DIE LINKE ist die Bürgerschaftswahl in Bremen von besonderem Interesse. Nach der Wahl von 2019, aus der die SPD nicht mehr als die stärkste Partei hervorgegangen war und in der die Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Mehrheit verloren hatte, wurde in Bremen eine rot-grün-rote Koalition gebildet. So kam es zur ersten Regierungsbeteiligung der LINKEN in Westdeutschland. DIE LINKE stellte in der von Andreas Bovenschulte (SPD) angeführten Landesregierung zwei Senatorinnen. Die Auswertung dieser ersten westdeutschen Regierungsbeteiligung wird für DIE LINKE künftig eine Rolle spielen müssen, unabhängig davon, wie das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2023 für sie ausfallen wird. Doch auch für die anderen Parteien wird die Wahl in Bremen Anlass für weitere Analysen und Diskussionen sein. Die FDP, als Oppositionspartei in Bremen, wird ihr Ergebnis als eine weitere Rückmeldung zu ihrer Beteiligung an der Ampelregierung im Bund bewerten. Das Stimmverhältnis zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird ebenso von Interesse sein wie das Abschneiden der CDU als Oppositionsführerin in Bremen und nunmehr auch im Bund. So bietet die Bürgerschaftswahl in Bremen über den Tellerrand dieses kleinen Bundeslands hinaus weitere interessante Aspekte, die der politischen Beobachtung wert sind.

Andreas Thomsen,
Stellvertretender Leiter des Bereichs Bundesweite Arbeit
bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

JULIAN OKRONGLI

BÜRGERSCHAFTSWAHL IN BREMEN

ZUSAMMENFASSUNG

Nach einem historisch schlechten Wahlergebnis für die Bremer SPD im Jahr 2019 verspricht die gegenwärtige Lage im Vorfeld der Bürgerschaftswahl 2023 den Sozialdemokraten wieder Rückenwind. Auch aufgrund des amtierenden Bürgermeisters Andreas Bovenschulte, der im Vergleich zu seinem Vorgänger Carsten Sieling (2015–2019) eine hohe Zustimmung genießt, haben sich die Vorzeichen seit den letzten Wahlen maßgeblich verändert. Dass Bovenschulte Bürgermeister bleiben wird, gilt als sicher.

Während auch DIE LINKE eine positive Bilanz ihrer Regierungsbeteiligung zieht und ihre beiden Senatorinnen Kristina Vogt (Wirtschaft, Arbeit und Europa) und Claudia Bernhard (Gesundheit und Frauen) bei Umfragen hohe Zustimmungswerte erhalten, gehen Bündnis 90/Die Grünen und ihre Spitzenkandidatin Maike Schäfer geschwächt in den Wahlkampf. Nach aktuellen Wahlumfragen könnte die SPD ihre Rolle als stärkste politische Kraft im Mai zurückgewinnen und ihre Regierungsarbeit entweder in der gegenwärtigen rot-grün-roten Koalition oder allein mit Bündnis 90/Die Grünen fortsetzen. Auch eine Neuauflage der Großen Koalition (1995 bis 2007) könnte eine Alternative darstellen, sollten die verkehrs- und wirtschaftspolitischen Ansichten zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu sehr auseinanderfallen und eine rot-grüne Zusammenarbeit blockieren.

SOZIOÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE

Die Städte Bremen und Bremerhaven bilden mit einer Fläche von 419 Quadratkilometern das kleinste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt leben heute 676.463 Menschen in dem Zwei-Städte-Staat, wovon der Großteil auf die Landeshauptstadt Bremen (563.290) entfällt.¹ Die gegenwärtige sozioökonomische Situation der Bremer*innen wurde maßgeblich durch die wirtschaftlichen Entwicklungslinien der vergangenen Jahrzehnte geprägt.

Infolge einer Ölkrise (1973), einer schlechten wirtschaftlichen Gesamtlage sowie einer erstarkenden internationalen Konkurrenz erodierten seit dem Ende der 1970er-Jahre tragende Säulen der Bremer Wirtschaft. Vor allem die Werftenkrise (Schließung der AG Weser im Jahr 1983 und der Bremer Vulkan AG im Jahr 1997) bedeutete den Verlust Tausender Arbeitsplätze. Das von der maritimen Wirtschaft geprägte Bundesland durchlebte in der Folge einen sozioökonomischen Wandel, der sich je nach vorherrschender Bevölkerungs- und Einkommensstruktur in unterschiedlicher Weise auf die Wohnquartiere auswirkte: Einer starken Armutsentwicklung in den einen Stadtteilen stand ein Wohlstandszuwachs in anderen gegenüber.² Dieser Prozess der sozialen Segregation und Polarisierung wurde durch die Liberalisierung des Wohnungsmarktes und dem damit einhergehenden Verlust von günstigem Wohnraum zusätzlich verstärkt.³

Heute lässt sich die Hansestadt Bremen als ein Bundesland der Gegensätze beschreiben. Zum einen ist der Zwei-Städte-Staat durch ein im Ländervergleich überdurchschnittliches Bruttomonatseinkommen sowie einen überdurchschnittlichen Anteil an Einkommensmillionär*innen (2,7 %; eigene Berechnung) geprägt. Zum anderen hat Bremen mit

-
- 1 Statistisches Landesamt Bremen: Bremen in Zahlen 2022, unter: www.statistik.bremen.de/publikationen/bremen-in-zahlen-2056.
 - 2 Probst, Lothar/Mehrtens, Philip: Wohnort und jugendliches Partizipationsverhalten: Eine Betrachtung aus der Perspektive der Wahl- und Parteienforschung, in: Klee, Andreas (Hg.): Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel Graffiti, Wiesbaden 2010, S. 25–45.
 - 3 Schlichting, Karl: Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach ausgewählten Gebietstypen, in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.): Bericht zur sozialen Lage 2009. Schwerpunkt: Wahlverdrossenheit, Bremen 2009, S. 46–63.

über 30.000 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung,⁴ die schlechteste Bildungsstruktur⁵ sowie die höchste Arbeitslosenquote⁶ (10,2% im Jahr 2022) aller Bundesländer. Auch beim Vergleich der Armutsgefährdungsquoten weist Bremen einen Höchstwert auf: Insgesamt lebten hier im Jahr 2021 28 Prozent der Menschen von weniger als 60 Prozent des bundesweiten Durchschnittseinkommens.⁷ Dennoch steht das Bundesland wirtschaftlich besser da, als die sozioökonomischen Merkmalsausprägungen zunächst vermuten lassen: Bremen ist nach wie vor ein großer Industriestandort mit hochmodernen und zukunftsorientierten Industriezweigen. Die vier Schwerpunkte der Bremer Wirtschaft sind die Automobilindustrie, die maritime Wirtschaft und Logistik, die Windkraft sowie die Luft- und Raumfahrt.

Die maritime Wirtschaft und Logistik ist nach wie vor die beschäftigungsintensivste und umsatzstärkste Branche des Landes und stellt weiterhin das Rückgrat der Bremer Ökonomie dar. Bremen erzielte im Jahr 2021 als der zweitgrößte Hafenstandort Deutschlands die höchste Exportquote aller Bundesländer. Dazu trug die Stadt Bremerhaven mit dem größten Umschlagterminal für den Autoimport und -export Europas sowie dem viertgrößten Containerhafen Nordeuropas maßgeblich bei. Insgesamt sind über 40.000 Arbeitskräfte direkt sowie über 34.000 indirekt in der maritimen Wirtschaft tätig.⁸ Das ist fast jeder fünfte Arbeitsplatz.

Neben der Reaktivierung der maritimen Wirtschaft gelang Bremen durch die Niederlassung von Daimler Benz im Jahr 1978 auch die Fortschreibung einer traditionsreichen Geschichte als Automobilstandort. Heute stellt das Werk mit 12.500 Mitarbeiter*innen den größten privaten Arbeit-

4 Statista: Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände je Einwohner in Deutschland nach Bundesländern am 30. September 2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/629/umfrage/oeffentliche-pro-kopf-verschuldung-nach-bundeslaendern/>.

5 Statista: Gesamtbewertung der Bundesländer beim Bildungsmonitor 2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201453/umfrage/gesamtbewertung-der-bundeslaender-beim-bildungsmonitor/#statisticContainer>.

6 Statista: Arbeitslosenquote in Deutschland nach Bundesländern, Stand: Januar 2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern/>.

7 Statista: Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2021, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164203/umfrage/armutsgefahrdungsquoten-in-den-bundeslaendern/>.

8 Wirtschaftsförderung Bremen: Maritime Wirtschaft/Logistik, o. J., unter: www.wfb-bremen.de/de/page/wirtschaftsstandort-bremen/maritime-wirtschaft-logistik.

geber im Land Bremen dar.⁹ Zudem ist Bremen mit 140 Unternehmen, darunter die Airbus Group, Rheinmetall Defence Electronics und Otto Hydraulik Bremen GmbH (OHB), und über 20 einschlägigen Forschungsinstituten ein weltbekannter Standort für die Luftfahrt- und Weltraumtechnologie.¹⁰ Auch die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Windenergieerzeugung konnte wirtschaftlich wichtige Impulse setzen.

Mit der Ausnahme des Jahres 2020 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Bremen seit dem Jahr 2009 stetig. Im Jahr 2021 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 50.673 Euro: Dies bedeutete den zweithöchsten Wert aller Bundesländer.¹¹ Ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Bundesdurchschnitt war vor allem um die Jahrtausendwende keine Seltenheit.¹² Dennoch verschob sich die sozioökonomische Struktur vom produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungsgewerbe. Heute ist der Dienstleistungssektor mit fast 82 Prozent der größte Arbeitgeber im Land. Nur in Hamburg und Berlin sind die Anteile des Dienstleistungssektors noch höher.¹³ Zudem ist Bremen nach den beiden genannten Stadtstaaten durch das niedrigste Durchschnittsalter (43,6 Jahre) geprägt.¹⁴ Die höchsten Werte im Ländervergleich erreicht Bremen bei den Bevölkerungsanteilen Alleinstehender (29% im Jahr 2021) sowie von Personen mit einem Migrationshintergrund (39% im Jahr 2021).¹⁵

-
- 9 Wirtschaftsförderung Bremen: Automotive: Bremen – ein Automobil-Standort mit Tradition, o. J., unter: www.wfb-bremen.de/de/page/wirtschaftsstandort-bremen/automotive.
 - 10 Wirtschaftsförderung Bremen: Luft- und Raumfahrt. Der Norden hebt ab: Bremen als Luft- und Raumfahrtstandort, o. J., unter: www.wfb-bremen.de/de/page/wirtschaftsstandort-bremen/luft-und-raumfahrt.
 - 11 Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Stand: 23. September 2022, unter: www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung/bip.
 - 12 Statistische Ämter der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021. Reihe 1, Länderergebnisse, Band 1, 2022.
 - 13 Statistisches Landesamt Bremen: Bremen in Zahlen 2022.
 - 14 Statista: Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland nach Bundesländern 2021, 2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1093993/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-deutschland-nach-bundeslaendern/#:~:text=Das%20Bundesland%20Hamburg%20hatte%20Ende,Anhalt%20mit%2048%2C1%20Jahren>.
 - 15 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung in Privathaushalten 2021 nach Migrationshintergrund, Stand: 31. Januar 2023, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-laender.html.

DIE BESONDERHEITEN DER BREMER BÜRGERSCHAFTSWAHLEN

Nach dem Ende des Nationalsozialismus fanden in Bremen, das zur britischen Besatzungszone gehörte, am 13. Oktober 1946 erstmals wieder freie und demokratische Wahlen statt. Der Zwei-Städte-Staat setzt sich aus den beiden voneinander unabhängigen Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven zusammen, in denen jeweils getrennt die Fünf-Prozent-Sperrklausel für den Einzug in das Bremer Landesparlament gilt. Zudem gilt das Prinzip der verbundenen Landes- und Kommunalpolitik, sodass im Prinzip drei Parlamente existieren: die Bremische Bürgerschaft als das Landesparlament, die Bremische Stadtbürgerschaft als das Kommunalparlament der Stadt Bremen und die Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt Bremerhaven. Im Wahlbereich Bremen bestimmen die bei der Bürgerschaftswahl abgegebenen Stimmen zugleich über die Zusammensetzung der Bremischen Stadtbürgerschaft.¹⁶ Eine weitere Besonderheit stellt das Bremer Wahlsystem dar. Gewählt wird die Bürgerschaft für eine Dauer von vier Jahren nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl aufgrund von Listenvorschlägen von Parteien und Wählervereinigungen.¹⁷ Wahlberechtigt sind seit dem Jahr 2011 alle Bremer*innen, die ihr 16. Lebensjahr vollendet haben.¹⁸ Den Wahlberechtigten stehen insgesamt fünf Stimmen zur Verfügung: Diese können beliebig auf die verschiedenen Listen oder Bewerber*innen verteilt (panaschiert) oder in der Gesamtheit auf einzelne Bewerber*innen oder Listen angehäuft (kumuliert) werden. Eine solche Kumulierung der Stimmen auf eine Kandidatin/einen Kandidaten kann eine Verschiebung der Listenreihenfolge bewirken.¹⁹

16 § 5 Absatz 3 Bremisches Wahlgesetz.

17 § 7 Absatz 1 Bremisches Wahlgesetz.

18 § 1 Absatz 1 Satz 1 Bremisches Wahlgesetz.

19 § 6 Bremisches Wahlgesetz.

POLITISCHE AUSGANGSLAGE

Eine sinnvolle Erörterung der politischen Ausgangslage erfordert einen kurzen Rückblick auf die politischen Entwicklungslinien seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Der politische Wettbewerb war in diesem Zeitraum über viele Jahrzehnte durch eine Vormachtstellung der SPD geprägt, die seither in jeder Legislaturperiode die Regierung stellte. Aufgrund dieser Sonderstellung kann die Bremer SPD nach Gerd Mielkes Typologie²⁰ des neuen Regionalismus als Staatspartei begriffen werden, an der bei einer Regierungsbildung kein Weg vorbeiführt. Doch die Hansestadt Bremen durchlebte nicht nur auf der sozioökonomischen, sondern auch auf der politischen Ebene einen Wandel. Die politischen Entwicklungslinien lassen sich seit dem Ende der NS-Diktatur in vier Phasen einteilen.

Die erste Phase wurde durch die Bremer Wiederaufbau-Koalition (SPD und FDP) geprägt. Dieser Koalition, der in zwei Legislaturperioden auch die CDU angehörte, gelang in den 1950er-Jahren eine entscheidende Weichenstellung in den Bereichen Hafenwirtschaft, Entwicklung industrieller Infrastruktur und Schaffung neuen Wohnraums.²¹ Diese Koalition bestand bis zum Jahr 1971 fort. Bremen war in diesem Zeitraum von einer sozialen und politischen Stabilität geprägt, die eng mit der SPD und ihren Bürgermeistern verknüpft war.

Die zweite Phase begann mit dem Zusammenbruch der Wiederaufbau-Koalition im Jahr 1971 und war von einer 20 Jahre anhaltenden Alleinherrschaft der SPD bestimmt. In sie fiel auch das Erstarken einer neuen sozialen Bewegung: Im Jahr 1979 konstituierte sich die Bremer Grüne Liste, die bei der im selben Jahr stattfindenden Bürgerschaftswahl auf Anhieb als vierte Partei in das Bremer Landesparlament einzog. Neben der Erweiterung des Bremer Parteiensystems wurde die Phase durch den Zusammenbruch der AG-Weser-Werft im Jahr 1983 geprägt. In den Folgejahren führten sozialstrukturelle Veränderungen in der Stadtgesellschaft (Bremen wurde zu der Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit in West-

20 Mielke, Gerd: Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, in: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 77–95.

21 Probst, Lothar: Bürgerschaftswahlen, in: ders. (Hg.): Politische Institutionen, Wahlen und Parteien im Bundesland Bremen, Berlin 2011, S. 85–113.

deutschland), zunehmende Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der alleinregierenden Sozialdemokraten sowie Stimmenverluste an die neu gegründete Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu einer allmählichen Erosion der SPD-Dominanz.²² Nach der Bürgerschaftswahl im Jahr 1991 war die SPD nach über 20 Jahren Alleinherrschaft erstmals wieder auf einen Koalitionspartner angewiesen.

Die dritte Phase des politischen Wettbewerbs begann mit der Bürgerschaftswahl im Jahr 1995: Aus dieser ging erstmals eine Große Koalition aus SPD und CDU hervor, die das Bundesland über drei Legislaturperioden regierte. Die Bürgerschaftswahl im Jahr 2007 läutete die vierte Phase ein. Trotz erneuter Stimmenverluste konnten die Sozialdemokraten ihren Wunsch, mit Bündnis 90/Die Grünen eine Regierungskoalition zu bilden, verwirklichen. Im selben Jahr trat DIE LINKE zum ersten Mal bei einer Bremer Bürgerschaftswahl an und zog auf Anhieb in das Landesparlament ein. Im Jahr 2011 wurde die rot-grüne Koalition nach einem Stimmenzuwachs für beide Parteien fortgeführt. Zwar wurde die Koalition auch bei der anschließenden Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 bestätigt. Bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von knapp über 50 Prozent mussten beide Parteien dieses Mal aber deutliche Stimmenverluste hinnehmen. Die Koalition konnte nur mit einer knappen Mehrheit fortgesetzt werden. Zudem zog die AfD erstmals in die Bremer Bürgerschaft ein.

Bei der Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 erhielt die SPD nicht nur ihr schlechtestes Wahlergebnis seit der Wiederkonstituierung des Bundeslands, sondern verpasste erstmals auch die relative Mehrheit der Stimmen. Stattdessen ging die CDU als Wahlsieger hervor. Weil sich Bündnis 90/Die Grünen für eine rot-grün-rote Koalition und gegen eine Koalition mit FDP und CDU entschieden, konnte die Tradition sozialdemokratischer Bürgermeister dennoch fortgeführt werden. Der neue Bürgermeister hieß jedoch nicht mehr Carsten Sieling, der aufgrund des schlechten Wahlergebnisses zurücktrat, sondern Andreas Bovenschulte.

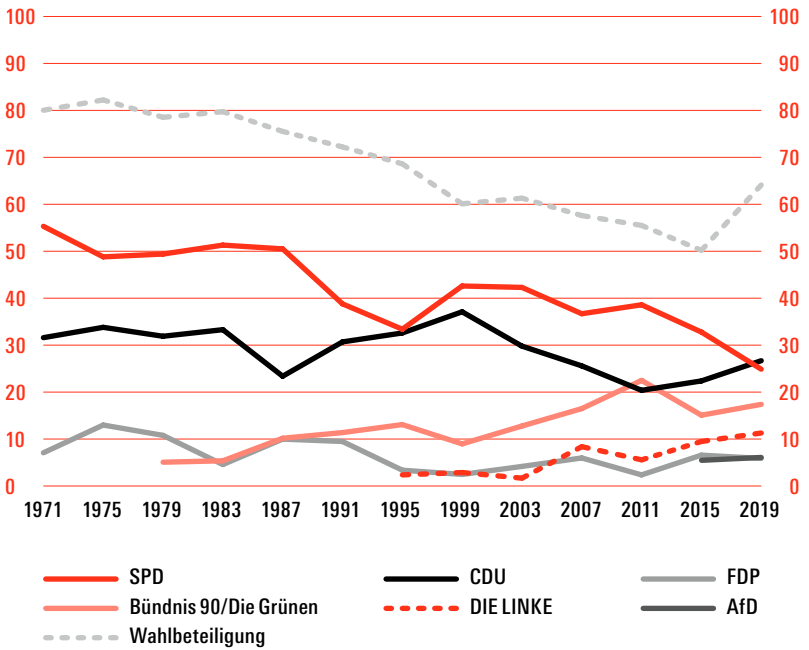
Spätestens seit der letzten Bürgerschaftswahl gehört die Dominanz der SPD der Vergangenheit an. Maßgebliche Veränderungen in der Sozialstruktur, ein Wertewandel in Verbindung mit neu auftretenden Parteien

22 Lhotta, Roland/Ketelhut, Jörn: Bremen: Parlamentarismus im Zwei-Städte-Staat, in: Mielke, Siegfried/Reutter, Werner (Hg.): Länderparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 179.

sowie ein Verlust der politischen Bindungskraft der SPD haben das Wahlverhalten in den vergangenen Jahren maßgeblich verändert. Während die FDP in Bremen kaum mehr eine Rolle spielt, können Bündnis 90/Die Grünen mit der Ausnahme der Wahl im Jahr 2015 auf ein stetiges Stimmengewachstum zurückblicken. Sie haben sich hinter der SPD und CDU als drittstärkste Kraft etabliert. Die Bremer CDU konnte ihren Status als zweitstärkste Partei behaupten und seit der Bürgerschaftswahl im Jahr 2011 wieder Stimmengewinne verzeichnen. Die Bremer LINKE stellt seit ihrer Gründung die viertstärkste Kraft im Bremer Parteiensystem dar und ist seither in jeder Legislaturperiode in der Bürgerschaft vertreten gewesen. Insgesamt rückten die Stimmenanteile der Bremer Parteien immer mehr zusammen. Dabei hat sich ein Vielparteienparlament mit einer linken Mehrheit herausgebildet.

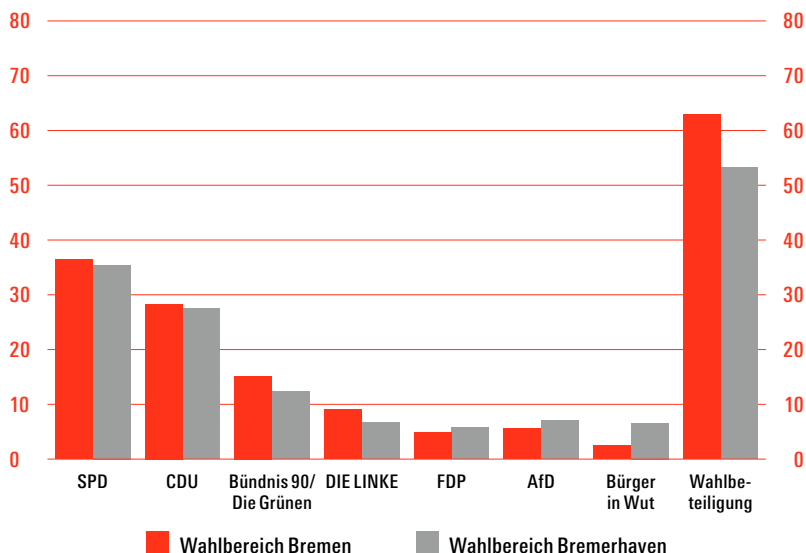
Rechte Parteien spielen in Bremen bislang nur eine untergeordnete Rolle. Aufgrund der getrennt geltenden Sperrklauseln haben kleine Parteien jedoch gute Chancen, über den Wahlbereich Bremerhaven, der durch eine besonders geringe Wahlbeteiligung geprägt ist, ins Landesparlament zu gelangen. Dies trifft auf die «Bürger in Wut» zu. Dieser rechtspopulistischen sowie wirtschaftsliberalen Wählervereinigung gelang in Bremerhaven seit ihrer Gründung 2004 stets der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde (im Wahlbereich Bremen dagegen noch nie). Auch die Bremer AfD erzielt in Bremerhaven höhere Stimmenanteile als im Wahlbereich Bremen.

**Abbildung 1: Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Bremen
1971 bis 2019 (Stimmenanteile in %)²³**



²³ Quelle: www.wahlrecht.de/ergebnisse/bremen.htm.

Abbildung 2: Durchschnittliche Stimmenanteile der Parteien seit der Bürgerschaftswahl im Jahr 1991 in Bremen und Bremerhaven (in %) ²⁴

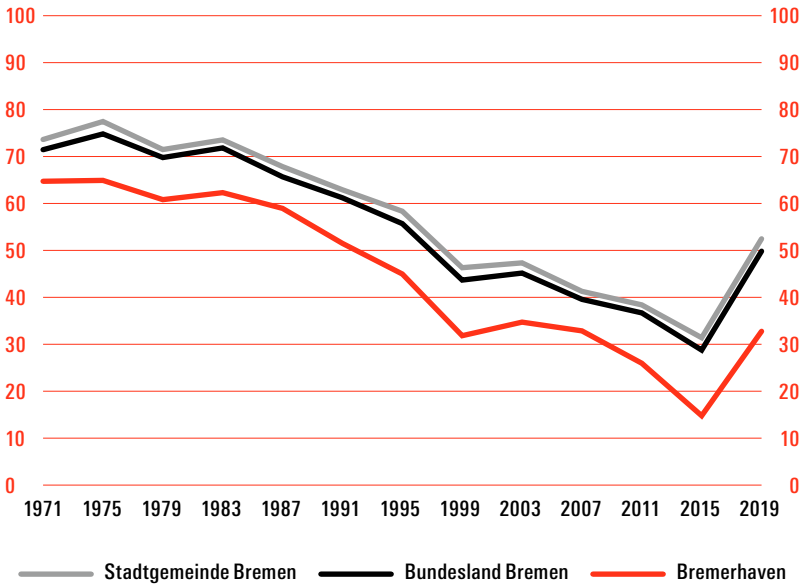


WAHLBETEILIGUNG

Die Bremer Bürgerschaftswahlen sind durch einen im Jahr 1987 einsetzenden und schließlich über 30 Jahre anhaltenden Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung geprägt. Während die Wahlbeteiligung im Jahr 1983 noch 79,7 Prozent betrug, nahmen im Jahr 2015 nur noch 50,2 Prozent der Bürger*innen ihr Wahlrecht wahr. Zuletzt folgte wieder ein Anstieg der Wahlbeteiligung: Bei der Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 betrug diese 64,1 Prozent.

²⁴ Quelle: Bürgerschaftswahlen Bremen seit 1945 – Ergebnisse in der Stadt Bremerhaven, unter: www.wahlen-in-deutschland.de/bluBremerhaven.htm.

**Abbildung 3: Beteiligung an Bürgerschaftswahlen in Bremen
1971 bis 2019 (in %)²⁵**



Über den gesamten Zeitraum lag die Wahlbeteiligung in Bremen über der in Bremerhaven. Der Rückgang der Wahlbeteiligung lässt sich einerseits mit dem Verlust der sozialen und politischen Stabilität vergangener Jahre erklären, die eng mit der SPD und ihren Bürgermeistern verknüpft war. Andererseits wirkte sich auch die wirtschaftliche Entwicklung negativ auf die Wahlbeteiligung aus. Viele Bevölkerungsgruppen, die in traditionellen Wirtschaftsbranchen beschäftigt waren, konnten nach der Wirtschaftskrise nicht in das Erwerbsleben reintegriert werden. Weil dauerhafte Erwerbslosigkeit und materielle Armut zu einer Ausgrenzung und Entfremdung vom politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben führen können, tragen sie mit dazu dabei, dass Menschen auf die Wahrnehmung

²⁵ Quelle: www.wahlrecht.de/ergebnisse/bremen.htm.

ihres Wahlrechts verzichten.²⁶ Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Bremer Wohngebieten, so zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen ihrer Höhe und der sozioökonomischen Lage der dort lebenden Bevölkerung.

WICHTIGE THEMEN IM LAND

Die öffentlichen Debatten im Land Bremen betreffen eine Vielzahl an Politikfeldern und prägen den Wahlkampf und die Wahlprogramme der Parteien in unterschiedlicher Weise. Ein zentrales Thema stellt die Weiterentwicklung des Bundeslands als Industrie- und Wirtschaftsstandort dar. Dabei steht vor allem der Fachkräftemangel im Vordergrund. Erst kürzlich kam es zu einer kontroversen Diskussion zwischen den beiden Spitzenkandidaten Andreas Bovenschulte (SPD) und Frank Imhoff (CDU) über die Einführung eines umlagefinanzierten Ausbildungsfonds, mit dem der Senat neue Ausbildungsplätze schaffen will. Dieser Fonds stößt aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastung der Betriebe nicht nur in der Opposition (CDU und FDP), sondern auch im Handel und Handwerk auf massiven Widerstand. Auch das Bremer Bildungssystem leidet unter dem Fachkräftemangel. Insbesondere in Kindertageseinrichtungen sowie in Schulen bleiben viele Stellen unbesetzt. Neben mangelhaften Bildungsstrukturen ist das Bundesland ohnehin durch hohe Armutsstrukturen geprägt. Soziale Schieflagen haben sich in der Folge der Corona-Pandemie und der Energiekrise verstärkt und sind präsenter denn je.

Die Mobilitäts- und Klimawende ist ebenfalls Teil der öffentlichen Debatten. Vor allem der Klima-Krisen-Fonds wird kontrovers diskutiert: Drei Milliarden Euro will Bremens Landesregierung in die Hand nehmen, um zwischen den Jahren 2023 und 2027 unter anderem Klimaschutzprojekte zu finanzieren. Das Thema Neuverschuldung und der Umgang mit der Bremer Schuldenbremse stellen ein generelles Streitthema dar, das die Regierungskoalition und Opposition spaltet. Weitere zentrale Wahlkampfthemen sind die Gestaltung des Nahverkehrs (Mobilitätswende), der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie die Gestaltung des Gesundheitssystems und der Innenstädte.

26 Krimmel, Iris/Probst, Lothar: Armut und Wahlbeteiligung, in: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hg.): Bericht zur sozialen Lage 2009. Schwerpunkt: Wahlverdrossenheit, Bremen 2009, S. 64–79.

THEMENSCHWERPUNKTE DER PARTEIEN

Die Bremer **SPD** bestreitet den Wahlkampf mit einem sogenannten «Zukunftsprogramm». Ein Entwurf wurde bereits veröffentlicht.²⁷ Arbeit und Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt, Innovation und digitaler Fortschritt sowie Sauberkeit und Sicherheit stellen die Schlüsselbegriffe im Programm dar, zu denen die SPD in den kommenden Monaten «Zukunftsdialoge» abhalten will. Das «Zukunftsprogramm» könnte sich daher noch verändern. So verwies Landesparteichef Reinhold Wetjen bei der Vorstellung des Entwurfs im Oktober 2022 vor allem auf die große Ungewissheit angesichts der vielfältigen gegenwärtigen Krisen und ihrer Auswirkungen.²⁸ Den inhaltlichen Schwerpunkt stellt im Gegensatz zur Wahl 2019 nicht das Thema Bildung, sondern Arbeit und Wirtschaft dar. «Gute Arbeit in einer starken Wirtschaft» lautet der Programmpunkt, der im Bewusstsein der abhängig Beschäftigten mit der Partei und ihrem Spitzenkandidaten verknüpft werden soll. Elementare Ziele sind die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsstrukturen (u. a. Ausweitung der Tarifbindung), die digitale und klimaneutrale Transformation der Wirtschaft sowie die Intensivierung der Ausbildung zur Fachkräftegewinnung.²⁹ Beim Thema Bildung will die SPD den Ausbau der Kindertagesstätten beschleunigen. Dem Fachkräftemangel soll mit einer Verbesserung der Ausbildungsbedingungen begegnet werden.³⁰

Vergleichsweise umfangreich sind die Ausführungen zu den Themen «Solidarische Gesellschaft – sozialer Zusammenhalt» sowie «Gesundheit und gute Pflege». Auch die Themen Sicherheit und Sauberkeit spielen eine wichtige Rolle. So sollen unter anderem der Ordnungsdienst, die Polizei und die Feuerwehr personell verstärkt werden.³¹ Eine Kernthematik stellt zudem der Klimawandel dar: Weil der Kampf gegen den Klimawandel fast

27 Bürgerschaft – Bremen – Wahlprogramm-Entwurf von Bremer SPD: Wirtschaft im Fokus, in: Süddeutsche Zeitung, 7.10.2022, unter: www.sueddeutsche.de/politik/buergerschaft-bremen-wahlprogramm-entwurf-von-bremer-spd-wirtschaft-im-fokus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-221006-99-32247.

28 SPD Bremen: Wandel der Arbeitswelt wird Schwerpunkt des Wahlprogramms, in: Weser-Kurier, 7.10.2022.

29 SPD Land Bremen. Arbeit/Wirtschaft, unter <https://wahl2023.spd-bremen.de/Arbeit-Wirtschaft.html>.

30 SPD Bremen: Wandel der Arbeitswelt wird Schwerpunkt des Wahlprogramms, in: Weser-Kurier, 7.10.2022.

31 SPD Land Bremen. Sichere und saubere Stadt, unter <https://wahl2023.spd-bremen.de/Sichere-und-saubere-Stadt.html>.

alle Bereiche des Sozialwesens betreffe, müsse der Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Besonders hervorgehoben wird die Notwendigkeit des Umstiegs auf eine klimaneutrale Stahlproduktion.³² Die Gestaltung und Weiterentwicklung der Innenstädte greift die SPD unter dem Programmpunkt «Lebendige Innenstädte in Bremen und Bremerhaven» weit vorn im Wahlprogramm auf und legt den Fokus auf eine «Erlebniswelt Innenstadt». Sollte der Bund hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften zukünftig nicht stärker besteuern, wird erwogen, Bremen von der Schuldenbremse auszunehmen.³³

Die Bremer **CDU** hatte zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, ihr Wahlprogramm noch nicht veröffentlicht: Erst am 9. März 2023 soll das Regierungsprogramm auf einem außerordentlichen Landesparteitag beschlossen werden. Erste Schwerpunkte wurden aber bereits bei einer Befragung der CDU-Mitglieder im vergangenen Jahr deutlich: Diese sahen die größten Handlungsbedarfe in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung, Bildung, innere Sicherheit und Wirtschaft.³⁴ Die Bildungspolitik soll das Kernthema des Regierungsprogramms darstellen: Bereits auf dem Landesparteitag im Mai 2022 hatte der mit 100 Prozent der Stimmen gewählte Spitzenkandidat Frank Imhoff den Anspruch erhoben, im Rathaus als Erstes für eine bessere Bildungspolitik zu sorgen.³⁵ Unter anderem fordert die Bremer CDU ein verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit Sprachförderbedarf sowie Schulnoten ab der dritten Klasse.

Auch den Klimawandel rückte Imhoff im Rahmen des Landesparteitags in den Mittelpunkt: So müsse die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, die Wärmeversorgung und die Dekarbonisierung des Stahlwerks in Bremen höchste Priorität haben.³⁶ Im Dezember vergangenen Jahres kritisierte die Bremer CDU zudem die Regierungskoalition hinsichtlich der von ihr verfolgten Mobilitäts- und Klimawende: Damit Bremen seine Mobilitätswende sowie Klimaziele erreichen könne, benötige es umgehend eine Ausbildungsoffensive für mehr Fahrpersonal bei

32 SPD Land Bremen. Fortschritt. Für innovativen, nachhaltigen und digitalen Fortschritt, unter <https://wahl2023.spd-bremen.de/Fortschritt.html>.

33 SPD Land Bremen: Zukunftsprogramm 2023–2027.

34 Siehe regierungsprogramm-cdu-bremen.de.

35 Herausragendes Ergebnis für Spitzenkandidat Imhoff, 21.5.2022, unter: www.cdu-bremen.de/news/herausragendes-ergebnis-fuer-spitzenkandidat-imhoff.

36 Ebd.

den kommunalen Verkehrsbetrieben. Nur mit einem deutlich erweiterten ÖPNV könne die Mobilitätswende durchgesetzt werden.³⁷

Zudem äußerte sich die Bremer CDU erst kürzlich zum Umgang des Senats mit der Schuldenkrise. Als besonders gefährlich betrachtet die Fraktion das drei Milliarden Euro umfassende Verschuldungspaket trotz offizieller Einstufung Bremens als Haushaltsnotlageland. Stattdessen fordert die CDU alternative Finanzierungsansätze wie die Umschichtung im regulären Haushalt oder eine privatwirtschaftlich organisierte Klimaanleihe der Bremer Aufbau-Bank. Wesentliche Teile der Klimaausgaben sollen so ohne Beteiligung des Staatshaushalts und ohne Umgehung der Schuldenbremse finanziert werden.³⁸ Auch forderte die Bremer CDU eine neue Krankenhauspolitik, die unter anderem gezielte Investitionen in die Krankenhäuser und in eine medizinische Fakultät beinhaltet. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatte die CDU hier strukturelle Veränderungen verlangt und dazu ein Positionspapier für eine Optimierung der Gesundheitsversorgung vorgestellt.³⁹ Im Bereich der inneren Sicherheit, traditionell ein Schwerpunktthema bei den Konservativen, fordert die CDU eine Entbürokratisierung in der Justiz sowie eine technisch und personell besser ausgestattete Polizei.⁴⁰

Bündnis 90/Die Grünen stellen in ihrem Wahlprogramm «Zukunft möglich machen» ein klares Bekenntnis zu einem konsequentem Klimaschutz in den Mittelpunkt. Bremen soll bis zum Jahr 2038 klimaneutral werden. Zu einem weiteren elementaren Ziel erklären sie die kommunale Unterstützung derjenigen Menschen und Einrichtungen, die aufgrund der Corona-Pandemie und der Energiekrise in ihrer Existenz gefährdet sind. Die Energiekrise wird auf zurückliegende Versäumnisse im Bereich der erneuerbaren Energien zurückgeführt. Der daraus resultierenden Abhängigkeit von autoritären Staaten und steigenden Energiepreisen wollen Bündnis 90/Die Grünen durch Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur ent-

37 Rot-Grün-Rot fährt Mobilitäts- und Klimawende gegen die Wand, 22.12.2022, unter: <https://cdu-fraktion-bremen.de/news/rot-gruen-rot-faehrt-mobilitaets-und-klimawende-gegen-die-wand>.

38 Eckhoff: «Senat verharmlost Ausmaße der bremischen Schuldenkrise», 5.1.2023, unter: <https://cdu-fraktion-bremen.de/news/eckhoff-senat-verharmlost-ausmasse-der-bremischen-schuldenkrise>.

39 Bensch und Dertwinkel: Mut für mehr medizinische Zukunft, 25.10.2022, unter: <https://cdu-fraktion-bremen.de/news/bensch-und-dertwinkel-mut-fuer-mehr-medizinische-zukunft>.

40 Herausragendes Ergebnis für Spitzenkandidat Imhoff.

gegenwirken. Das Bremer Stahlwerk soll klimaneutral gestaltet und erhalten werden. Auch in der Automobilbranche sollen mithilfe der Einrichtung «grüner Gewerbegebiete», klimaneutraler Produktionsprozesse sowie des Aufbaus einer Wasserstoffinfrastruktur Arbeitsplätze erhalten werden.

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels in Bremen stellt einen weiteren Kernpunkt im grünen Wahlprogramm dar. Bündnis 90/Die Grünen schlagen dafür eine Ausbildungsinitiative vor, die vor allem das System der dualen Ausbildung stärken und dem Handwerk zugutekommen soll. Dazu gehören unter anderem maßgeschneiderte Ausbildungs- und Förderkonzepte zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit unter Alleinerziehenden. Zudem soll die Einführung eines Klimabonus für Empfänger*innen von Transferleistungen höhere Kosten einer Unterkunft abdecken, sofern diese entsprechenden energetischen Standards entsprechen.⁴¹

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird gefordert, als Bundesland keine eigenen Grundstücke und Immobilien mehr zu veräußern (oder nur noch unter strengen Auflagen) und den kommunalen Wohnungsbestand auszuweiten. Diskussion gab es zuletzt um die Zukunft des Bremer Flughafens, als in einem Entwurf des grünen Wahlprogramms ein Ende der Passagierflüge und eine Umwandlung in einen Werksflughafen für Firmen der Luft- und Raumfahrtbranche die Rede war. Auf einer Landesmitgliederversammlung am 26. November 2022 stimmte die Mehrheit der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen in Bremen jedoch für die Streichung des entsprechenden Absatzes.⁴²

Im Mittelpunkt des Wahlprogramms der Partei **DIE LINKE** in Bremen steht die soziale und ökologische Umgestaltung der Hansestadt Bremen. Unter anderem spricht sich der Landesverband für eigene Entlastungsprogramme auf Landesebene, einen kostenlosen Nahverkehr sowie eine neue Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiative zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels aus. Aus aktuellem Anlass wurde zudem ein Absatz in das Wahlprogramm aufgenommen, der sich gegen eine Schließung des Passierflughafens wendet. Christoph Spehr, Sprecher des Bremer Landesverbands, äußerte sich dazu am 28. November 2022

41 Zukunft möglich machen: Unser Programm für die Bürgerschaftswahl 2023 steht, 26.11.2022, unter: Zukunft möglich machen: Unser Programm für die Bürgerschaftswahl 2023 steht | Grüne Bremen (gruene-bremen.de)

42 Ebd.

in einer Pressemitteilung: «Leider haben die Grünen die Idee, den Bremer Flughafen für den Passagierbetrieb zu schließen, auf ihrer Mitgliederversammlung nicht wirklich abgeräumt, sondern nur vertagt. Wir halten diese Idee für falsch.» Klimapolitisch richtig sei hingegen die schrittweise Reduzierung von Kurzstreckenflügen im Rahmen eines bundesweiten Konzepts.⁴³

Zudem will DIE LINKE die öffentliche Steuerung des Wohnungsmarkts durch den Ankauf von weiterem Wohnraum ausweiten. Auch die Energieversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen sollen zurück in die Obhut des Staates. Außerdem setzt sich DIE LINKE für eine stärkere materielle Entlastung von armutsbetroffenen Bevölkerungsgruppen ein. Für Bürger*innen mit niedrigen Einkommen will die Partei auf Landesebene zum Beispiel einen Sozialtarif für Strom einführen und die Strompreise vergünstigen. Im Gegensatz zu dem von der Bundesregierung vorgesehenen Strompreisdeckel würde dies den Preis für jede Kilowattstunde senken, und nicht nur bis zu einer Grenze von 80 Prozent des gewöhnlichen Verbrauchs.⁴⁴

Ein Schlüsselprojekt der Bremer LINKEN ist der kostenlose Nahverkehr, der durch eine Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer auf Wohneigentum finanziert werden soll.⁴⁵ Zudem will DIE LINKE mit einer gezielteren Stadtteilentwicklung und einer Dezentralisierung der Gesundheitsversorgung die Daseinsfürsorge verbessern und die soziale Spaltung Bremens zurückdrängen.⁴⁶ Die landeseigene Schuldenbremse für die Kommunen Bremen und Bremerhaven soll ausgesetzt werden, um dringend benötigte öffentliche Investitionen in die städtische Infrastruktur zu ermöglichen. Unabhängig von der Klimanotlage sollen die Stadtverwaltungen zu diesem Zweck Kredite aufnehmen können. Ein weiterer

43 Landesparteitag der LINKEN beschließt Wahlprogramm, 28.11.2022, unter: www.dielinke-bremen.de/politik/presse/presse-detail/landesparteitag-der-linken-beschliesst-wahlprogramm/.

44 Struß, Björn: Linke wollen in Bremen weiter mitregieren, in: *Weser-Kurier*, 27.11.2022, unter: www.weser-kurier.de/bremen/politik/wahlprogramm-fuer-2023-linke-wollen-in-bremen-weiter-mitregieren-doc7nsw6esgx5l83bt8kbm.

45 Das sind die Schwerpunkte des Wahlprogramms der Bremer Linken, *buten un binnen*, Regionalmagazin vom 26.11.2022, unter: www.butenunbinnen.de/videos/die-linke-partei-wahlprogramm-buergerschaftswahl-100.html.

46 Nuß, Johannes: Bürgerschaftswahl 2023: Linke will Menschen ohne Schulabschluss qualifizieren, in: *Kreiszeitung*, 27.11.2022, unter: www.kreiszeitung.de/lokales/bremen/buergerschaftswahl-2023-linke-will-menschen-ohne-schulabschluss-qualifizieren-91940826.html.

Schwerpunkt im linken Wahlprogramm ist die Förderung und Qualifizierung von Menschen mit Schulbildungsdefiziten, um ihnen zu einem besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu verhelfen. In der kommenden Legislaturperiode, so die Forderung der Bremer LINKEN, soll die Bürgerschaft für den Bereich Bildung – ähnlich wie zuletzt für den Klimaschutz – eine Enquetekommission einsetzen.⁴⁷

Die Bremer **FDP** hat ihr Wahlprogramm für die kommende Bürgerschaftswahl noch nicht veröffentlicht. Traditionell stehen bei den Liberalen die Themen Bildung, öffentliche Sicherheit, Wirtschaft, Verkehr und Digitalisierung im Mittelpunkt. Diese Schwerpunktsetzung spiegeln unter anderem die Pressemitteilungen der Fraktion in den vergangenen Monaten wider. Für das Bildungssystem forderte Thore Schäck, Spitzenkandidat der Bremer FDP, höhere Investitionen, um beispielsweise an den Schulen mehr Assistenzkräfte einzustellen, die die Lehrkräfte entlasten sollen. Zudem forderte er eine erhöhte Leistungsorientierung sowie Entscheidungsfreiheit der Schulen über ihre Budgets.⁴⁸ Wie die CDU fordert auch die FDP eine klassische Schulbenotung ab der dritten Klasse sowie die Wiedereinführung des Sitzenbleibens. Im September 2022 kritisierte die Fraktion das schlechte Abschneiden Bremens beim Ranking der Bundesländer zum Thema Verwaltungsdigitalisierung. In diesem Zusammenhang wurde es als Fehler des Senats bezeichnet, den öffentlichen IT-Dienstleister Dataport gesetzlich zum einzigen Auftragnehmer für IT-Projekte der öffentlichen Hand gemacht zu haben.⁴⁹

Beim Thema Verkehr halten die Liberalen weiter am Auto fest – auch im Innenstadtbereich. Gleichzeitig soll der öffentliche Nahverkehr, für den die FDP eine Erhöhung der Fahrpreise in Erwägung zieht, ausgebaut werden. Um Bremen für die Ansiedelung von Unternehmen attraktiver zu gestalten, fordert die Bremer FDP unter anderem die Senkung der Gewerbesteuer. Auch der Bremer Hauptbahnhof ist ein Wahlkampfthema der FDP. So beschreibt Thore Schäck die Zustände des erst im Juni 2022 er-

47 Struß: Linke wollen in Bremen weiter mitregieren.

48 Theiner, Jürgen: Polarisieren, aber ohne Krawall: Wie die FDP ihre Kampagne plant, in: Weser-Kurier, 21.11.2022, unter: www.weser-kurier.de/bremen/bremer-wahl-2023-wie-die-fdp-ihre-kampagne-plant-doc7not7w1zqlxemfhq8sc.

49 Schäck, Thore: FDP-Spitzenkandidat fordert mehr Tempo bei der Verwaltungsdigitalisierung, 21.9.2022, unter: www.fdp-bremen.de/2022/09/21/fdp-spitzenkandidat-fordert-mehr-tempo-bei-der-verwaltungsdigitalisierung/.

öffneten Parkhauses am Bremer Hauptbahnhof als katastrophal und kritisierte die bisherigen Maßnahmen des Senators für Inneres, Ulrich Maurer (SPD). Es fehle ein Gesamtkonzept, um die Wirkungen verschiedener Maßnahmen aufeinander abzustimmen und den Hauptbahnhof zu einem sauberen und sicheren Ort zu machen.⁵⁰

Für die Bremer FDP sind zudem ähnlich wie für die Bremer CDU haushaltspolitische Bedenken wichtiger als ein konsequenter Klimaschutz. So lehnt sie eine schuldenfinanzierte Finanzierung des sogenannten Klimakrisen-Fonds ab, den der Bremer Senat im November 2022 ankündigte und der bis 2027 2,5 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Klimakrise vorsieht. Man wolle zwar in den Klimaschutz investieren, aber auch nachhaltig mit Steuergeldern umgehen, was eine Schuldenaufnahme ausschließe. «Die Klimakrise beschäftigt uns seit Jahren und ist damit kein neu aufgetretenes Problem. Damit legitimiert sich keine neue Schuldenaufnahme.»⁵¹ Das Ziel der FDP sei es nicht, flächendeckend finanzielle Leistungen zu verteilen: Vielmehr soll das Bekenntnis zu Aufstieg, Leistungsbereitschaft und zur helfenden Rolle des Staates eine zentrale Rolle in ihrer Wahlkampagne spielen.⁵²

Ein Wahlprogramm der **Alternative für Deutschland** für die Bürgerschaftswahl 2023 in Bremen lag zum Zeitpunkt der Publikation dieses Textes nicht öffentlich vor. Die in verschiedene Lager zerfallene Partei verfügt gegenwärtig über keinen Landesvorsitzenden. Im Dezember 2022 skizzierte der stellvertretende Vorsitzende Sergej Minich die wichtigsten inhaltlichen Aussagen, mit denen die AfD an der Urne punkten will. Dazu gehört unter anderem eine verbesserte innere Sicherheit durch verstärkte Abschiebungen, eine Wirtschaftsförderung, die schneller auf die Bedürfnisse von Betrieben reagiert, und die Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem. Zudem will Minich sämtliche Servicefunktionen der Bremer Behörden in einer App bündeln, um die Digitalisierung im Land voranzubringen.⁵³

50 Schäck, Thore: Katastrophale Zustände um den Bremer Hauptbahnhof, 25.10.2022, unter: www.fdp-bremen.de/2022/10/25/katastrophale-zustaeude-um-den-bremer-hauptbahnhof/.

51 Schäck, Thore: FDP Bremen lehnt Schuldenaufnahme für Klima-Fonds ab!, 26.11.2022, unter: www.fdp-bremen.de/2022/11/26/fdp-bremen-lehnt-schuldenaufnahme-fuer-klima-fonds-ab/.

52 Theiner: Polarisieren, aber ohne Krawall.

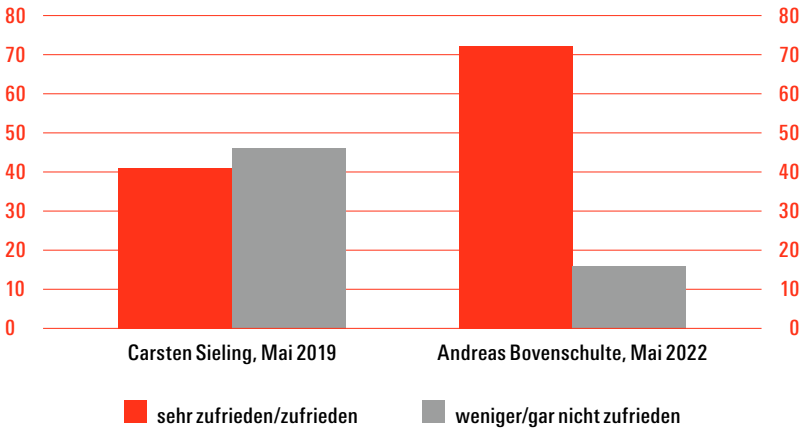
53 Theiner, Jürgen: Hoffnung auf Mandate trotz innerer Spaltung, in: *Weser-Kurier*, 11.12.2022, unter: www.weser-kurier.de/bremen/politik/bremer-wahl-2023-bremer-afd-hofft-auf-den-wiedereinzug-ins-parlament-doc7nz18u2ew9fr8pztdmo.

WAHLKAMPFSTRATEGIEN UND SPITZEN- KANDIDAT*INNEN

Die Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl im Jahr 2023 ist kaum mit der im Jahr 2019 vergleichbar. Der Wahl im Jahr 2019 war eine Legislaturperiode vorausgegangen, die durch einen harten Sparkurs der rot-grünen Regierungskoalition geprägt war. Die Einhaltung der in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse war nicht nur mit Einsparungen im öffentlichen Dienst, in der Verwaltung, bei den sozialen und verkehrstechnischen Infrastrukturen sowie im Bildungswesen verbunden. Der Sparkurs hatte darüber hinaus in der lokalen Bevölkerung zu einer großen Unzufriedenheit mit den Leistungen der Regierungskoalition und dem damaligen Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) geführt. Diese war im Vorfeld der Wahl in verschiedenen Umfragen zum Ausdruck gekommen. Besonders schlecht schnitten die Schul- und Bildungspolitik, die Wohn- und Mietpolitik, die Verkehrspolitik und der Umgang mit den öffentlichen Finanzen ab. Bei der anschließenden Wahl im Jahr 2019 hatte die CDU die SPD erstmals seit über 70 Jahren überflügeln können. Zunächst hatte eine schwarz-grüne Koalition im Bereich des Möglichen gelegen, doch am Ende kam es zum ersten Mal in einem westdeutschen Bundesland zu einer Regierungskoalition bestehend aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. Den Bürgermeister durfte die SPD diesmal nur stellen, weil sich Bündnis 90/Die Grünen für Rot-grün-rot und gegen eine Koalition mit FDP und CDU entschieden hatten.

Angeführt wurde die neue Linkskoalition im Jahr 2019 jedoch nicht von Carsten Sieling: Dieser verzichtete nach dem historisch schlechten Wahlergebnis auf seinen Posten und trat als Bürgermeister zurück. Sein Nachfolger war der damals 54-jährige Jurist Andreas Bovenschulte, der die rot-grün-rote Regierungskoalition souverän durch die zurückliegende Legislaturperiode führte. Eine Umfrage von Infratest dimap aus dem Mai 2022 zeigt, dass die Bremer*innen ein Jahr vor der bevorstehenden Bürgerschaftswahl deutlich zufriedener mit dem amtierenden Bürgermeister waren als im Vorfeld der Wahl 2019 mit Carsten Sieling.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit Bremer Bürgermeistern vor Wahlen 2019 und 2022⁵⁴



Mit Andreas Bovenschulte kann die SPD im Wahlkampf also auf einen Bürgermeister setzen, dem die Bremer*innen viel Vertrauen entgegenbringen. In seiner Rolle als Krisenmanager während der Corona-Pandemie machte er eine gute Figur und auch bundesweit hat er mit verschiedenen Äußerungen und Auftritten die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Es war daher naheliegend, dass Bovenschulte mit eindeutiger Mehrheit zum Spitzenkandidaten der Bremer SPD gewählt wurde. Für die bevorstehende Wahl hat sich die SPD mit den Kernthemen Wirtschaft/Arbeit, Zusammenhalt, nachhaltigen und digitalen Fortschritt sowie Sicherheit und Sauberkeit als politische Kraft der Mitte positioniert. Insgesamt gehen aus dem Wahlprogramm drei Hauptzielgruppen hervor: die abhängig Beschäftigten, die ältere Generation sowie die bürgerliche Mitte.⁵⁵ Damit will die SPD-Stimmen zurückholen, die 2019 verloren gingen. Das Thema Bildung nimmt im Vergleich zum Jahr 2019 deutlich weniger Raum ein. Das SPD geführte Bildungsressort stellt seit vielen Jahren einen

54 BremenTrend Mai 2022. Repräsentative Studie im Auftrag des Weser-Kurier, unter: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bremen/laendertrend/2022/mai/.

55 Theiner, Jürgen: Wandel der Arbeitswelt wird Schwerpunkt des SPD-Wahlprogramms, in: Weser-Kurier, 7.10.2022, unter: www.weser-kurier.de/bremen/spd-bremen-wandel-der-arbeitswelt-wird-schwerpunkt-des-wahlprogramms-doc7n2m1uydyirpmksgghdo.

Schwachpunkt dar. Aktuell sieht die SPD keine Chance, das Thema Bildung als Gewinnerthema zu gestalten: «Das Problem ist tatsächlich – genau wie bei den Kindergärten auch –, dass wir diesen Fachkräftemangel, den es bundesweit gibt, einfach so schnell nicht wegbekommen», so der Landesvorsitzende Reinhold Wetjen im Oktober 2022.⁵⁶

Auch der Koalitionspartner DIE LINKE setzt im Wahlkampf auf eine personelle Kontinuität: Kristina Vogt, Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, wurde für den Wahlbereich Bremen mit 87,2 Prozent der Stimmen auf Listenplatz 1 gewählt. Sie und ihre Parteigenossin Claudia Bernhard (Listenplatz 2), die seit 2019 den Posten der Bremer Gesundheits-senatorin bekleidet, haben sich in den letzten Jahren in der Bevölkerung, aber auch in Fachkreisen viel Respekt verschafft. Mit Wirtschaft und Gesundheit verantworteten die beiden linken Senatorinnen die Schlüssellösungsansätze für die Bewältigung der Corona-Krise, die Bremen mit unbürokratischen Hilfen und einer erfolgreichen Impfkampagne besser gelang als den meisten anderen Bundesländern. Beide haben sich mit ihrem undogmatischen, pragmatischen und sachorientierten Politikstil in der Bremer Bevölkerung einen guten Ruf erworben. Damit und mit anderen Erfolgen wie der Ausweitung des landesweiten Mindestlohns oder des Tariftreuegesetzes kann DIE LINKE auf eine positive Bilanz ihrer Regierungsbeteiligung verweisen: «Die Dinge ändern sich teilweise ziemlich schnell, und die Dinge verändern sich in Bremen und Bremerhaven auch wegen uns», so Christoph Spehr, Sprecher des Landesvorstands. Vor diesem Hintergrund werden die Bremer*innen versuchen, sich vom Negativtrend der Bundespartei abzukoppeln und stattdessen auf regionale Themen und Personen zu setzen. DIE LINKE in Bremen hat das klare Ziel formuliert, auch in der kommenden Legislaturperiode mitzuregieren. Dabei will man sich mit dem Slogan «Das neue Rot» entschieden links von der SPD verorten und sich von dieser abgrenzen. Das Motto lautet dabei: «Damit aus Mitte-Links nicht nur Mitte wird.»⁵⁷

Wie die beiden anderen Regierungspartner werben auch Bündnis 90/ Die Grünen mit Erfolgen aus der vergangenen Legislaturperiode. So habe man in Person von Maike Schäfer, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, den Grundstein für

56 Mit diesen Themen will die Bremer SPD bei der Wahl punkten, buten un binnen, 7.10.2022, unter: www.butenunbinnen.de/nachrichten/spd-bremen-programm-100.html.

57 Struß: Linke wollen in Bremen weiter mitregieren.

10.000 neue Wohnungen, inklusive einer Sozialquote von 30 Prozent, gelegt.⁵⁸ Unklar ist, ob die parteiinterne Kontroverse um den Vorschlag, den Bremer Passagierflughafen in einen reinen Werksflughafen umzuwandeln, das Image der Partei im Bürgerschaftswahlkampf beschädigt hat. Weil bei der Abstimmung auf einer Landesmitgliederversammlung über die Aufnahme eines entsprechenden Passus in das Wahlprogramm die Stimmen ausgezählt werden und dafür die Mitglieder aufstehen mussten, wurde deutlich, dass auch Spitzenkandidatin Maike Schaefer für diesen Vorschlag war.⁵⁹ Kritisiert wurde dieser Vorstoß von Vertretern der Wirtschaft, der Opposition, aber auch von den Koalitionspartnern.

Doch auch an anderer Stelle stößt die Politik von Bündnis 90/Die Grünen auf Kritik. Im Mittelpunkt dabei steht das von Maike Schäfer geführte Ressort und ihr Versuch, eine autofreie Bremer Innenstadt durchzusetzen.⁶⁰ Angesichts verschiedener Vollzugsdefizite grüner Politik wächst auch die interne Kritik: Man wartet immer noch auf die vor dem Amtsantritt angekündigten Fahrrad-Premiumrouten und drei Fahrradbrücken.⁶¹ Auf einer Mitgliederversammlung wurde die Klimaschutz- und Umweltsenatorin zwar mit 72,8 Prozent der Stimmen als Spitzenkandidatin bestätigt – viel Rückenwind verspricht dieses Ergebnis jedoch nicht. In der Tat spiegelt sich die Kritik an Maike Schäfer auch in einer Umfrage aus dem Mai 2022 über die Zufriedenheit mit der Arbeit der Senator*innen wider. Während Andreas Bovenschulte mit 72 Prozent die höchste Zustimmung erhielt und auch die Arbeit der linken Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard größtenteils positiv bewertet wurde, erhielt Maike Schäfer die schlechteste Bewertung: Lediglich 22 Prozent der Befragten waren mit ihrer Arbeit zufrieden.

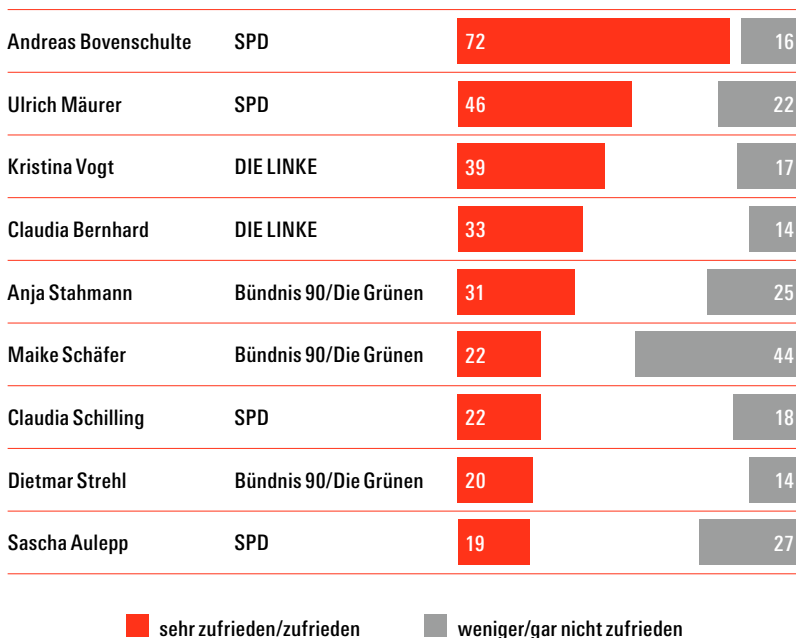
58 Startklar für den Wahlkampf: Bremer Grüne wählen Liste für die Bürgerschaftswahl 2023, 3.12.2022, unter: <https://gruene-bremen.de/startklar-fuer-den-wahlkampf-bremer-gruene-waehlen-liste-fuer-die-buergerschaftswahl-2023/>.

59 Struß, Björn: Grüne debattieren über die Zukunft des Bremer Flughafens, in: Weser-Kurier, 26.11.2022, unter: www.weser-kurier.de/bremen/politik/so-haben-die-gruenen-ueber-die-zukunft-des-bremer-flughafens-diskutiert-doc7nsebpf33101aakyobj.

60 Buschmann, Ulf: Der alte und der neue Bovil?, in Nordwest-Reportagen, unter: <https://nordwest-reportagen.de/2022/03/16/bremen-vor-der-buergerschaftswahl-2023/>

61 Faltermann, Pascal: Grüne und SPD in Bremen entscheiden über ihre Spitzenkandidaten, buten un binnen, 10.9.2022, unter: www.butenunbinnen.de/nachrichten/spitzenkandidaten-gruene-spd-bremen-100.html.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit den Bremer Senator*innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE



Die Bremer CDU, 2019 noch Wahlsieger und dennoch in der Opposition, hat Frank Imhoff einstimmig als Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Mai 2023 gewählt. Obwohl im Bundesland Bremen aufgrund der industriellen und großstädtischen Strukturen Katholiken und Landwirte als Kernwählergruppe der CDU kaum eine Rolle spielen, gibt sich der Landwirt selbstbewusst: «Beim letzten Mal hatte uns keiner zugetraut, stärkste Partei zu werden. Aber wir haben es geschafft und ich sage voraus, diesmal werden wir so stark, dass keiner an uns vorbeikommt.»⁶² Auf Platz zwei der bremischen Liste wählten die Delegierten die 26-jährige Juristin Wiebke Winter, Mitglied im CDU-Bundesvorstand und Landesvor-

62 Herausragendes Ergebnis für Spitzenkandidat Imhoff, 21.5.2022, unter: www.cdu-bremen.de/news/herausragendes-ergebnis-fuer-spitzenkandidat-imhoff.

sitzende der Jungen Union. Sie soll gemeinsam mit Frank Imhoff das Spitzentandem bilden. Das Thema Generationengerechtigkeit, das die CDU im Wahlkampf immer wieder betonen will, spiegelt sich nach Aussage von Winter auch in der Aufstellung für die Bürgerschaftswahl wider.⁶³ Dazu betonte Meyer-Heder, Landesvorsitzender der CDU Bremen, dass die Fraktion eine erfolgreiche Klima-Enquetekommission durchgesetzt und Bremen damit maßgeblich in Richtung Klimaschutz bewegt habe. Dass Martin Michalik, Vorsitzender der Klima-Enquetekommission, Platz 3 auf der Liste einnimmt, kann als Signal für einen Brückenschlag zu Bündnis 90/Die Grünen verstanden werden. Koalitionen mit der Linkspartei oder mit der AfD schließt Meyer-Heder kategorisch aus.⁶⁴

Die Bremer FDP hat ihren Landesvorsitzenden Thore Schäck mit 91,6 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl gekürt. Dieser ist seit dem Jahr 2019 Bürgerschaftsabgeordneter und seit 2020 Landesvorsitzender der FDP in Bremen. Nach einigen Bürgerschaftswahlen, bei denen die Partei nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, gibt sich die FDP selbstbewusst: «Das Ziel ist es, dass wir uns um zehn Prozent herum bewegen.» Er selbst trete als Spitzenkandidat «für eine Regierungsverantwortung der FDP in Bremen» an.⁶⁵ Die Ausgangslage vor der Wahl ist jedoch schwierig: Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022 etwa kam die FDP nur auf 5,9 Prozent und halbierte damit ihr Ergebnis von 2017. Im benachbarten Niedersachsen schied sie sogar ganz aus dem Landtag aus. Auch in diesem Jahr dürfte bei den Liberalen die Frage im Mittelpunkt stehen, ob sie es überhaupt in die Bürgerschaft schaffen. Was Koalitionen angeht, zeigt sich die FDP offen: «Wir werden keine Option ausschließen», sagt Claas Bansemer, Generalsekretär der Bremer FDP.⁶⁶

Die Bremer AfD fiel in den vergangenen Jahren mehr durch interne Streitigkeiten als durch ihre Rolle als Oppositionspartei auf. Wie schon nach dem ersten Parlamentseinzug im Mai 2015 spaltete sich die AfD-Frak-

63 CDU will erneut stärkste politische Kraft in Bremen werden, 5.11.2022, unter: www.cdu-bremen.de/news/cdu-will-erneut-staerkste-politische-kraft-bremen-werden.

64 Buschmann, Ulf: Der alte und der neue Bovi!?, in: Nordwest-Reportagen, unter: <https://nordwest-reportagen.de/2022/03/16/bremen-vor-der-buergerschaftswahl-2023/>

65 Thalmann, Timo: Bremer FDP wählt Thore Schäck zum Spitzenkandidaten, in: Weser-Kurier, 27.8.2022, unter: www.weser-kurier.de/bremen/politik/buergerschaftswahl-bremer-fdp-waehlt-thore-schaeck-zum-spitzenkandidaten-doc7mhlo8zryg2euskvhcx.

66 Theiner: Polarisieren, aber ohne Krawall.

tion auch nach der Wahl 2019 in mehrere Teile. Den größten Teil stellt die Gruppe LFM, benannt nach den Initialen der Mitglieder Heinrich Löhmann, Uwe Felgenträger und Frank Magnitz. Eine Bürgerschaftsfraktion der AfD existiert nicht mehr. Auf den Wahlkampf ist die Partei bisher kaum vorbereitet. So verfügt die AfD über keinen Landesvorsitzenden und hatte für den Wahlbereich Bremen bis Januar noch keinen Bürgerschaftskandidaten nominiert. Dies sollte erst am 15. Januar bei einer Aufstellungsverammlung für den Wahlbereich Bremen geschehen. Das Lager um die abtrünnigen LFM-Parlamentarier plant hingegen seine eigenen Aktivitäten. Ein «Notvorstand» um den Abgeordneten Löhmann berief Ende November kurzfristig eine eigene Aufstellungsverammlung für eine Bürgerschaftsliste ein, die jedoch ergebnislos verlief.⁶⁷ Innerhalb der AfD kämpft ein Landesvorstand ohne Vorsitzenden gegen einen selbsternannten «Notvorstand». Dass die AfD auf zwei konkurrierende Wahllisten zu steuert, ist ein neuer Höhepunkt in ihrer an Zerwürfnissen und Streitigkeiten reichen Geschichte. Der Anspruch der Bremer AfD ist es dennoch, «zweistellig zu werden». ⁶⁸ Was der AfD, aber auch den «Bürgern in Wut» entgegenkommen dürfte, sind hohe Energierechnungen und Inflationsraten, die beiden Parteien auch in Bremen und Bremerhaven Protestwähler*innen bescheren könnten.

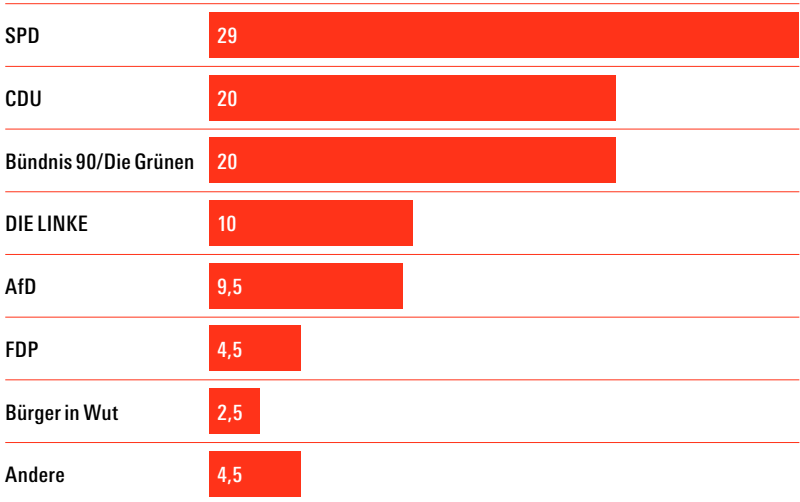
67 Theiner: Hoffnung auf Mandate trotz innerer Spaltung.

68 Buschmann: Der alte und der neue Bovi!?

MÖGLICHE KOALITIONEN NACH DER WAHL

Laut einer Umfrage des Instituts Wahlkreisprognose vom Dezember 2022 liegt die SPD wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl wieder deutlich vor der CDU und würde die Rolle als stärkste politische Kraft zurückerobern. Sie käme auf 29 Prozent, was im Vergleich zu der Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 einen Anstieg um circa 4 Prozentpunkte bedeuten würde.⁶⁹

Abbildung 6: Umfrageergebnisse vom Dezember 2022 zur Bürgerschaftswahl im Mai 2023



CDU und Bündnis 90/Die Grünen erhalten in dieser Umfrage jeweils 20 Prozent. Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 würde die CDU damit über 6 Prozentpunkte verlieren. Für Bündnis 90/Die Grünen hingegen würde ein Stimmenanteil von 20 Prozent das beste Ergebnis seit der Bürgerschaftswahl im Jahr 2011 bedeuten. Für DIE LINKE zeigt

⁶⁹ Land Bremen: SPD setzt sich ab – Grüne ziehen mit CDU gleich, Wahlkreisprognose vom 23.12.2002, unter: www.wahlkreisprognose.de/2022/12/23/land-bremen-spd-setzt-sich-ab-gruene-ziehen-mit-cdu-gleich/.

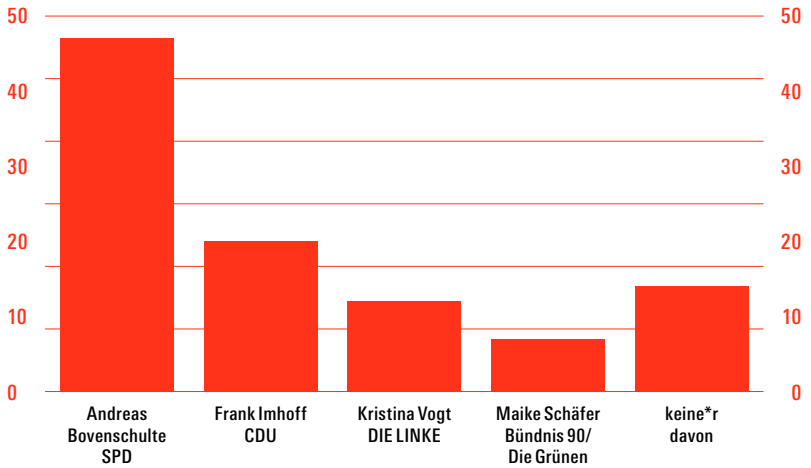
die Umfrage einen leichten Rückgang um 1,3 Prozentpunkte auf 10 Prozent. Die AfD würde ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Bürger-schaftswahl deutlich ausbauen und mit 9,5 Prozent die FDP hinter sich lassen, die mit lediglich 4,5 Prozent aus der Bürgerschaft ausscheiden würde. Der Stimmenanteil der «Bürger in Wut» bliebe nahezu unverändert. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf einen Stimmenanteil von 4,5 Prozent.

Bei einem Wahlausgang entsprechend der Umfrage könnte die SPD ihre Regierungsarbeit entweder in der gegenwärtigen rot-grün-roten Koalition oder allein mit Bündnis 90/Die Grünen fortsetzen. Auch eine Große Koalition wäre nicht nur rechnerisch möglich, sondern könnte für die Sozialdemokraten aufgrund verkehrs- und wirtschaftspolitischer Streitpunkte (Standortentwicklung oder Parken) mit Bündnis 90/Die Grünen zu einer Art «Notfalllösung» werden.

Weil in der Umfrage auch 7 Prozent für sonstige Parteien berücksichtigt wurden, könnte auch eine Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf einen knappen Vorsprung an Mandaten kommen. Die Bemühungen der CDU müssten also darauf gerichtet sein, die Grünen aus der aktuellen Regierungskonstellation herauszubrechen und für eine Jamaika-Koalition zu gewinnen. Programmatisch hat die CDU in dieser Richtung bereits Vorarbeit geleistet. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Koalition ist jedoch gering.

Dass Andreas Bovenschulte Bürgermeister bleiben wird, gilt als sicher. Weil Menschen in Krisenzeiten gern ihnen bekannten Führungsfiguren vertrauen, dürfte auch der «Amtsinhaberbonus» für die SPD und Bovenschulte sprechen. In diese Richtung deutet auch eine weitere Umfrage vom Institut Wahlkreisprognose: Könnten die Bremer*innen ihren Bürgermeister per Direktvotum bestimmen, würden 47 Prozent der Befragten Andreas Bovenschulte wählen. Auf Platz 2 läge Frank Imhoff mit 20 Prozent und auf Platz 3 Kristina Vogt mit 12 Prozent. Maike Schaefer erhielte lediglich 7 Prozent der Stimmen.

**Abbildung 7: Umfrageergebnisse zur Frage:
Wen würden Sie zum Bürgermeister/zur Bürgermeisterin wählen,
gäbe es eine Direktwahl?⁷⁰**



70 Ebd.

ZUM AUTOR

Julian Okrongli studiert an der Universität Bremen Professional Public Decision Making. Nach Tätigkeiten in politischen Stiftungen, im Bundestag, als Wahlhelfer und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bremer Universität arbeitet er seit zwei Jahren als Betreuer in einer Unterkunft für minderjährige und unbegleitete Geflüchtete.

WWW.ROSALUX.DE

